

Medienmitteilung

Freiburg, 12. Juni 2019

NEIN zur Änderung des Gesetzes über die Ausübung des Handels (Ladenöffnungszeiten), JA zur kantonalen Umsetzung der Steuerreform. Der kantonale Vorstand der Mitte Links-CSP entscheidet über die Parolen für die Abstimmung vom 30. Juni 2019.

Der Vorstand der Mitte Links-CSP Freiburg („ML-CSP“) hat seine Ablehnung der Verlängerung der Ladenöffnungszeiten bestätigt. Auf der anderen Seite hat er beschlossen, die Steuerreform zu unterstützen.

Der Vorstand hat beschlossen, gemäss den Statuten der Partei auf die Einberufung einer kantonalen Delegiertenversammlung zu verzichten, und die Abstimmungsparolen selber zu bestimmen. Die drei Abstimmungsvorlagen vom 30. Juni 2019 wurden innerhalb der Partei mehrmals diskutiert, und die politische Linie wurde definiert. So entschied der Vorstand grossmehrheitlich diese Parolen zu fassen:

NEIN zur Erweiterung der Ladenöffnungszeiten ohne GAV im Detailhandel: Das fünfte Mal muss auch das letzte Mal sein!

Man soll über jeden politischen Vorschlag diskutieren können, aber es ist wichtig, den Volkswillen zu respektieren. Es ist ziemlich erstaunlich, dass das Freiburger Stimmvolk zum fünften Mal (!) über dieselbe Idee oder über ein Derivat davon abstimmen muss. Es ist jedoch festzustellen, dass sich die Lage nicht verändert hat, und dass die Arbeitnehmenden des Detailhandels in unserem Kanton immer noch keine mit den Nachbarregionen vergleichbaren Arbeitsbedingungen haben. Der Grund dafür: Hier gibt es (noch) keinen Gesamtarbeitsvertrag (GAV) in dieser Branche.

Wir hoffen, dass die Arbeitgeber im Detailhandel und ihre Verbündeten im Grossen Rat nach der fünften Ablehnung diesen Entscheid endlich akzeptieren werden, und hart daran arbei-

ten werden, den Volkswillen endlich umzusetzen. Es ist ausgeschlossen, dass wir über diese Frage erneut abstimmen müssen! Was die anderen wichtigen Aspekte betrifft, die in der Debatte thematisiert wurden (E-Commerce, kleine Unternehmen, Tourismusgebiete usw.), so hoffen wir, dass sie nach der Abstimmung Gegenstand politischer Diskussionen und Entscheidungen sein werden.

JA zur Umsetzung von der Steuerreform 17 und zum Dekret über die Übergangsbeiträge an Gemeinden und Pfarreien

Nach dem Ja zur Steuerreform am 19. Mai (als Teil der STAF, die unsere Partei unterstützt hat) muss nun die Umsetzung auf kantonaler Ebene folgen. Wir sind von der Umsetzungsvorlage für unseren Kanton, die am 30. Juni 2019 zur Abstimmung steht, nicht begeistert, und wir haben versucht, im Grossen Rat einige Exzesse zu korrigieren.

In Anbetracht der nun dringenden Notwendigkeit, das Gesetz umzusetzen, um Freiburg gegenüber andere Kantone nicht zu benachteiligen, und des politischen Kontextes sagen wir jedoch ja zu dieser Umsetzung der Steuerreform 17. Wir fordern, dass die sozialen Kompensationsmassnahmen bei Bedarf erweitert werden können, wenn sich die steuerlichen Verluste als grösser als erwartet erweisen.

In diesem Sinne unterstützen wir auch das Dekret, das darauf abzielt, Gemeinden und Pfarreien zusätzliche Mittel zum Ausgleich ihrer steuerlichen Verluste zur Verfügung zu stellen. Generell verurteilen wir die Auswüchse des Steuerwettbewerbs zwischen den Kantonen, von denen die Bevölkerung nicht profitiert, und fordern eine politische Debatte auf Bundesebene.

Für Rückfragen:

Sophie Tritten, Co-Präsidentin, Tel. 079/704 73 63, E-Mail: sophie.tritten@netplus.ch

Philippe Wandeler, Co-Präsident, Tel. 076 209 37 70, E-Mail: ph.wandeler@sunrise.ch

Diego Frieden, politischer Sekretär, Tel. 076 478 20 05, E-Mail: fr@csp-pcs.ch

www.ml-csp-freiburg.ch